

Stefan Müller

## Heinz Dürrbeck: Erneuerer mit alten Zielen

Die Biographie von Heinz Dürrbeck, der über 20 Jahre im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall tätig war, ist jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern kaum bekannt noch von der Forschung bisher aufgegriffen worden. Dabei sticht seine persönliche und politische Biographie sogar aus der Generation von Gewerkschaftern heraus, die – in einem ähnlichen Alter – im Widerstand oder in der Emigration den Nationalsozialismus erlebten und danach am Wiederaufbau der Gewerkschaften in Ost- und Westdeutschland beteiligt waren.

Im geschäftsführenden Vorstand war Heinz Dürrbeck für die Angestelltenarbeit zuständig. Die Initiative für die Wahl Dürrbecks dürfte von Otto Brenner ausgegangen sein, der nur ein knappes Jahr zuvor zum Vorsitzenden der IG Metall gewählt worden war.<sup>1</sup> Die Wahl Dürrbecks war insofern eine Überraschung, als er zwar zuvor Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall Braunschweig gewesen war, aber keine hauptamtliche Funktion bekleidet hatte.

In der Zeit von 1962 bis 1972 war Dürrbeck für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zuständig. Die Aktivitäten in diese Phase trugen am stärksten zu seiner damaligen Popularität innerhalb und außerhalb der IG Metall bei. In Kooperation mit externen Wissenschaftlern, mit akademischen Referenten in der Vorstandsverwaltung oder auch jungen studentischen Praktikanten entwickelte sich die IG Metall-Bildungsarbeit zur gewerkschaftlichen Massenbildung. Mit der Ausbildung betrieblicher Bildungsobleute stärkte die Abteilung Bildung beim Vorstand nicht unerheblich die Vertrauensleutearbeit der IG Metall und griff damit zugleich in das latente Konflikt- und Spannungsfeld zwischen gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Betriebsräten und Arbeitsdirektoren ein. Während seiner Amtszeit wurde die größte der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen der IG Metall, das Bildungszentrum Sprockhövel in Nordrhein-Westfalen, mit einer Kapazität für etwa 260 Seminarteilnehmer konzipiert und eröffnet.

Weiterhin war Dürrbeck zwischenzeitlich für die Jugendarbeit (1956 bis 1962) wie auch für die Werbung (1972 bis 1977) zuständig.<sup>2</sup>

1 Brenner äußerte in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands vom 7. und 8. Dezember 1953, dass Dürrbeck, „nach allem was über ihn gesagt wurde, die besten Qualifikationen [hat]. Es wäre natürlich besser, wir hätten mehr Kandidaten. Es handelt sich bei der Nachwahl um eine ‚Wahlfunktion‘. Dazu kann man keinen Kollegen machen. Die Befähigung und innere Bereitschaft muss vorhanden sein; sie liegt bei Dürrbeck vor. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der vollen Arbeitsfähigkeit des Vorstandes halte ich kurzfristige Wahl für erforderlich.“ In: Niederschrift der Sitzung des Vorstands am 7. und 8. Dezember 1953, Nr. 16 (1953), S. 2, Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), IG Metall Vorstand, 5/IGMA 020010. Dürrbeck kandidierte auf der Beiratssitzung vom 14./15. Januar 1954 noch gegen Fritz Salm, der später in den geschäftsführenden Vorstand gewählt wurde. In: Niederschrift der Sitzung des Vorstands am 7. Januar 1954, Nr. 18 (1954), AdsD, IG Metall Vorstand, 5/IGMA 020011.

2 Vgl. IG Metall Vorstand: Geschäftsberichte 1952/1953 bis 1974/1976.

Zweimal wurde Dürrbeck zur Zielscheibe politischer Strafverfolgung in der Bundesrepublik. Das erste Mal Mitte der siebziger Jahre, als gegen ihn der Vorwurf der nachrichtendienstlichen Tätigkeit für die DDR erhoben wurde; das zweite Mal Mitte der neunziger Jahre, diesmal in Verbindung mit der Entführung des „metall“-Redakteurs Heinz Brandt durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Jahr 1961. Dem ersten Verfahren entzog sich Heinz Dürrbeck durch Flucht in die italienischen Berge und später nach Ungarn. Das zweite Verfahren wurde kurz vor seinem Tod eingestellt. Damit war Dürrbeck zwar nicht der einzige westdeutsche Gewerkschafter, der unter Spionageverdacht geriet. Er war allerdings der einzige hochrangige gewerkschaftliche Funktionär in der Bundesrepublik, der ins Exil ging und noch nach dem Zusammenbruch der osteuropäischen sozialistischen Staaten dem Vorwurf der Agententätigkeit ausgesetzt war.<sup>3</sup>

### **Proletarische Herkunft und relativer Aufstieg – Ausbruchsversuche aus dem ‚Lager‘?**

Heinz Dürrbeck wurde am 20. Juni 1912 in Stuttgart geboren.<sup>4</sup> Sein Vater kam auf seinen Wanderungen – er war Modelltischler – auch durch Hannover und lernte im Lindener Arbeiter-Turnverein Elisabeth Meyer kennen. Dieser war für Elisabeths Eltern allerdings nur „ein Turnverein [...] und das wurde auch so kaschiert [...]“. Als die Eltern erfuhren, dass Elisabeth „was mit einem ‚Roten‘ zu tun hat, haben sie sie rausgeworfen. Daraufhin sind sie gemeinsam nach Stuttgart gegangen und [haben] dort geheiratet.“<sup>5</sup>

In Stuttgart beziehungsweise Bad Cannstatt kamen noch zwei Brüder von Heinz Dürrbeck zur Welt, Karl im Jahr 1913 und Franz ein Jahr später. Obwohl nicht bekannt ist, wovon die Familie lebte, ist davon auszugehen, dass sie relativ arm waren. Der Vater konnte zwar als Tischler arbeiten, aber immerhin war eine fünfköpfige Familie zu versorgen. Die Mutter kann nur wenig Zeit gehabt haben, um einen Beitrag zur familiären Versorgung zu leisten; in zu kurzen Abständen waren Heinz, Karl und Franz zur Welt gekommen. Nachdem der Vater eingezogen worden war, muss sich die Lage noch verschlimmert haben. Der jüngste Bruder von Heinz, Franz, hat den so genannten „Kohlrübenwinter“ 1917 nicht überlebt, der

3 Vgl. hierzu u. a. die Verhaftungen bzw. Verurteilungen von Wilhelm Gronau, DGB (1972), Walter Böhm, DGB (1974/75), Hans Faltermeier, ÖTV (1974/75), Gisela Wildner, ÖTV (1975), Kathryn Burger, ÖTV (1976), Rolf Grunert, Bund Deutscher Kriminalbeamter (1977) und Hermann Gaßmann, IG Metall (1984).

4 Heinz Dürrbeck hinterließ weder Lebenserinnerungen, noch existieren, bis auf einige Interviews und Nachrufe, biographische Skizzen über ihn. Vgl. Edith Grosspietsch/Georg Benz (Hg.): Wissen, um zu handeln. Ein Buch der Solidarität mit Heinz Dürrbeck, Göttingen 1998; Hansgeorg Conert: Gegenmacht und Solidarität. Heinz Dürrbeck – Gewerkschaften im kalten Krieg, in: Sozialismus 26 (1999), H. 1, S. 60; Heiner Halberstadt: Der aufrechte Gang des Heinz Dürrbeck und die Folgen, in: Sozialismus 29 (2002), H. 1, S. 38–40; Monika Held: Unter Verdacht, in: Süddeutsche Zeitung Magazin, 16. Februar 1996, S. 26–31.

5 Heinz Dürrbeck, Interview mit Heinz Dürrbeck 1992 in Budapest, geführt von Sabine Hering und Hans-Georg Lützenkirchen, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Wegweiser. Die politische Erwachsenenbildung nach dem Kriege. Gespräche, Bonn 1992, S. 94.

Vater galt seit Juni 1915 als vermisst.<sup>6</sup> Die Großeltern (mütterlicherseits) hatten dann offensichtlich „ein Einsehen und haben ihre Tochter mit den beiden Enkelkindern nach Hannover-Linden genommen“.<sup>7</sup>

Dort wuchs Dürrbeck in einem traditionellen Arbeiterviertel auf, dem „Roten Linden“. Linden, bis 1920 eigenständig und dann nach Hannover eingemeindet, wurde früh industrialisiert und war zunächst durch die Textilindustrie und später den Maschinen- bzw. Eisenbahnbau geprägt. Bereits 1835 wurde die Hannoversche Maschinenbau AG (Hanomag) gegründet, und 1837 entstand die Mechanische Weberei. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg lebten dort über 70.000 Menschen in einem fast ausschließlich von Arbeitern bewohnten Quartier. Andere Bevölkerungsschichten ließen sich eher in Hannover nieder, das von Linden lediglich durch einen Fluss getrennt ist.<sup>8</sup>

Politisch war Linden tief sozialdemokratisch geprägt. In den zwanziger Jahren erreichte die SPD in Linden bei Wahlen immer über 50 Prozent der Stimmen, zum Teil sogar bis zu 70 Prozent. Alle Arbeiterparteien zusammen erhielten zwischen 70 und 80 Prozent der Stimmen.<sup>9</sup> Traditionell stand die Sozialdemokratie dort aber eher dem ‚rechten‘ Flügel der Partei und – während der Weimarer Republik – dem Parteivorstand nahe. Schon im 19. Jahrhundert war Hannover eine Hochburg der Lassalleaner gewesen.

Parteien, Gewerkschaften, Arbeitersportvereine, Konsumgenossenschaften, Naturfreunde und vieles mehr bildeten das Heinz Dürrbeck prägende Milieu. Dieses Milieu und die darin vorzufindenden Bewusstseinsstrukturen sollen hier als Lagermentalität bezeichnet werden, als „eine subjektive, in den Individuen rezipierte parteiliche Haltung“.<sup>10</sup> Die organisierten Arbeiter kehrten sich von den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft ab, sie „traten aus der Kirche aus, mieden die ‚bürgerlichen Vereine‘ und schufen sich stattdessen eigene Vereine. Die Partei und ihre Vorfeldorganisationen wurden ihre ‚Heimat‘. Hier suchten und fanden sie die Kommunikation, die ihnen die Gesellschaft verweigerte.“<sup>11</sup> Grundlage waren die Sozialisation des Mangels sowie der politische und ökonomische Anschluss aus dem (bürgerlichen) gesellschaftlichen Leben. Eine Flucht aus dem Milieu war unmöglich und es entstand „als lokale Sonderform der ‚Lagermentalität‘ die Selbstzuordnung zum ‚Roten Linden‘ mit seinen Arbeitertraditionen.“<sup>12</sup>

6 Vgl. Dürrbeck, Interview 1992, S. 94; Elisabeth Dürrbeck: Aufgebot der Stadt Cannstadt bei Stuttgart, 4. Dezember 1920, Privatarchiv (PA) Margit Kowacs.

7 Dürrbeck, Interview 1992, S. 94.

8 Bernd Rabe: Der sozialdemokratische Charakter. Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel, Frankfurt am Main/New York 1978, S. 22 ff. Vgl. auch Detlef Schmiechen-Ackermann: Ländliche Armut und die Anfänge der Lindener Fabrikarbeiterschaft, Hildesheim 1990; Wolfgang Voigt: Der Eisenbahnkönig oder Rumänien lag in Linden. Materialien zur Sozialgeschichte des Arbeiterwohnungsbaus mit Beispielen aus Hannovers Fabrikvorort Linden (Materialien der AG SPAK. M 46), Berlin 1980.

9 Rabe: Der sozialdemokratische Charakter, S. 59.

10 Oskar Negt/Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, 6. Aufl., Frankfurt am Main 1978, S. 343.

11 Rabe: Der sozialdemokratische Charakter, S. 37.

12 Ebd., S. 104.

Heinz Dürrbeck gelang es zum Teil, der sozialen Not des Lagers zu entkommen. Nach der Volksschule besuchte er – für die Zeit schon ungewöhnlich – die Mittelschule in Hannover-Linden. Diese Schule hatte einen überwiegend kleinbürgerlichen Charakter; es musste Schulgeld bezahlt werden (wobei Heinz Dürrbeck möglicherweise in den Genuss einer Freistelle kam), und politisch orientierte sich das Lehrerkollegium in den zwanziger Jahren deutsch-national.<sup>13</sup> Nach der Schule absolvierte Dürrbeck eine vierjährige Lehre als Schlosser, um dann nach kurzer Berufstätigkeit in seiner Lehrfirma durch ein Stipendium der Stadt Hannover an der Höheren Technischen Lehranstalt (Maschinenbauschule) studieren zu können.<sup>14</sup>

Dürrbeck war schon frühzeitig politisch aktiv. Noch während seiner Lehrzeit wurde er Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) und war in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) aktiv. Nach der Zustimmung der SPD zum Panzerkreuzerbau verließ Dürrbeck die SAJ und wechselte mit seinem Bruder zum Kommunistischen Jugendverband (KJVD). Dort hatte er für kurze Zeit die Funktion eines Gruppenleiters inne. Der KJVD war in Hannover-Linden aber ebenso wie die KPD – wie zu Beginn der zwanziger Jahre auch schon die USPD – nur eine ‚Randerscheinung‘. Von reichsweit zwischen 20.000 und 25.000 Mitgliedern des KJVD (die vielfach veröffentlichten Zahlen von bis zu 50.000 Mitgliedern sind geschönt) waren zwischen 300 und 500 in Niedersachsen und etwa 100–150 in Hannover. Im Unterbezirk Hannover-Linden wurde 1932 eine Ortsgruppe mit zwölf Mitgliedern gegründet.<sup>15</sup>

Das Stipendium ermöglichte Dürrbeck zwar einen relativen sozialen Aufstieg innerhalb der Arbeiterklasse; als Jungkommunist, als Mitglied des Arbeitersängerbundes, als Arbeitersportler und als Mitglied des Arbeiterfahrradbundes blieb Dürrbeck jedoch fest in der (kommunistischen) Arbeiterbewegung der Weimarer Republik verwurzelt. „Sein Traum war eine Reise in die große Sowjetunion. Einmal nur dort niederknien, nur einmal im Leben die heilige Mutter Erde der Revolution küssen.“<sup>16</sup>

13 Vgl. 50 Jahre Mittelschule III und Stadttöchterschule IV Hannover-Linden. 1883–1933, Hannover 1933.

14 Heinz Dürrbeck gibt in dem Interview mit Sabine Hering und Hans-Georg Lützenkirchen an, dass er noch das Kaiserin-Augusta-Viktoria-Gymnasium in Hannover-Linden besucht habe, von dort sei er aber relegiert worden sei. Seine Lebensläufe hinterlassen hierzu jedoch keine „Lücken“. Vgl. Lebenslauf von Heinz Dürrbeck, Braunschweig, 27. Mai 1949, und Lebenslauf Heinz Dürrbeck, Braunschweig, 6. Dezember 1953, PA Margit Kowacs. Zur Maschinenbauschule vgl. Stadtarchiv Hannover, HR 16, Nr. 2676, Nr. 2857, Nr. 2767 und Nr. 1167.

15 Vgl. Bericht über die Bezirkskonferenz und den Bezirkskursus des Bezirks Niedersachsen vom 10. bis 13. April 1925, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), FBS. 309/13134; Bericht des Büros des ZK des KJVD über die Arbeitsperiode vom 10./11. November 1928 (Reichskonferenz) bis zur Plenarzentrale am 24./25. Februar 1929, SAPMO-BArch, FBS. 309/13107; KJVD-Bezirksleitung Niedersachsen an das ZK des KJVD, 6. September 1932: Bericht über die Durchführung des 18. Internationalen Jugendtages, SAPMO-BArch, FBS. 309/13134.

16 Held: Unter Verdacht, S. 29.

## Zwischen Widerstand und widerständigem Verhalten

Über Widerstandsaktivitäten Dürrbecks während des Faschismus ist bisher wenig bekannt. So existieren lediglich Selbstauskünfte, wonach er 1933 in Hannover-Linden an Auseinandersetzungen mit der SA beteiligt war und mehrfach kurzzeitig verhaftet wurde. Sein Bruder Karl und seine Schwägerin, Herta Petermann, waren dagegen im organisierten Widerstand des KJVD aktiv und auch längere Zeit inhaftiert.<sup>17</sup>

Nach seinem Studium und einem einjährigen Militärdienst als Funker bekam Heinz Dürrbeck 1935 eine Anstellung als Elektro-Ingenieur bei der AEG in Hannover. 1938 wechselt er dann in das AEG-Büro nach Braunschweig.<sup>18</sup> 1939 wurde Heinz Dürrbeck für ein Jahr zur Wehrmacht eingezogen und war als Funker am ‚Polenfeldzug‘ beteiligt, dann holte die AEG ihn als unabkömmlich für die kriegswichtige Produktion nach Braunschweig zurück. Der Anteil der Rüstungsproduktion der AEG belief sich zu Kriegsbeginn auf zwar nur 3,5 Prozent des Gesamtumsatzes, soll aber schon ein Jahr später auf über 30 Prozent des Gesamtumsatzes gestiegen sein. Auch in Braunschweig wurde hauptsächlich für die Rüstungsindustrie gearbeitet.<sup>19</sup> Als Elektroingenieur war Heinz Dürrbeck u. a. der Luftfahrtforschungsanstalt „Hermann Göring“ zugeteilt. Dort soll er gegen Kriegsende die Entwicklung eines Düsenfliegertyps durch Sabotage an den Windkanälen hinaus gezögert haben.<sup>20</sup>

Mitglied einer Widerstandsgruppe scheint Dürrbeck nicht gewesen zu sein. Die erwähnte Sabotage verabredete er mit einem Arbeitskollegen. Materielle Hilfe für Zwangsarbeiter, die bei der AEG beschäftigt waren, die Zuweisung leichterer Arbeiten oder die Hilfe für bzw. der Kontakt zu Angehörigen der Opfer von Rieseberg (wo im Juli 1933 mehrere kommunistische Arbeiter von SA-Leuten ermordet worden waren) schienen eher auf den basalen Ansichten eines Sozialisten zu beruhen, auf der Solidarität unter bewussten Angehörigen der Arbeiterklasse, anstatt auf organisierten Widerstand hinzudeuten.<sup>21</sup>

17 Gespräch mit Peter Dürrbeck, Göttingen, 5. März 2005; Erinnerungen von Heinz Beike (1913-?), SAPMO-BArch, SgY30/1584.

18 Vgl. Personalliste nach dem Stande vom 30. September 1944, Büro Braunschweig, Deutsches Technikmuseum Berlin (DTMB), Firmenarchiv (FA) AEG-Telefunken, I.2.060 A 03003, Bl. 19–22; Lebenslauf von Heinz Dürrbeck, Braunschweig, 27. Mai 1949, PA Margit Kowacs; Zeugnis der AEG Hannover, 1. November 1939, PA Margit Kowacs.

19 Peter Strunk: Die AEG. Aufstieg und Niedergang einer Industriellegende, 2. Aufl., Berlin 2000, S. 56. Vgl. auch Erinnerungen von Heinz Hohmann, März 1974, DTMB, FA AEG-Telefunken, I.2.060 A 03717, Bl. 64–75.

20 Dürrbeck, Interview 1992, S. 98; zur Luftfahrtforschungsanstalt vgl. Rolf Ahlers/Gerhard Sauerbeck (Hg.): Geschichte des Forschungsstandortes Braunschweig-Völkenrode, Braunschweig 2003, sowie dies. (Hg.): Die deutsche Luftfahrtforschung im Jahre 1945. Aus der Sicht des wissenschaftlichen Leiters der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt. Die Aussagen von Prof. Dr.-Ing. Günther Bock vor einer Kommission sowjetischer Offiziere im September 1945, Wolfenbüttel 1998.

21 Vgl. Gespräch mit Peter Dürrbeck, Göttingen, 5. März 2005.

## Kampf um die Unternehmensmitbestimmung bei der AEG

Unmittelbar nach Kriegsende war Heinz Dürrbeck am Aufbau von Betriebsrätestrukturen bei der AEG beteiligt. Obwohl er in einem relativ kleinen Büro der AEG beschäftigt war, gewann die Braunschweiger Zweigstelle für die AEG und Heinz Dürrbeck für den gesamten Betriebsrat des Unternehmens eine größere Bedeutung. So war die frühere Berliner Konzernzentrale zwischenzeitlich in Braunschweig untergebracht, und Heinz Dürrbeck, der Betriebsratsvorsitzender in Braunschweig geworden war, war im Rahmen des Hauptbetriebsrats der westlichen Zonen in den ersten Nachkriegsjahren für den Kontakt zu den Berliner Betrieben zuständig.<sup>22</sup>

1946 gelang es dem Hauptbetriebsrat, in dessen geschäftsführenden Ausschuss Heinz Dürrbeck im September 1946 gewählt wurde und dessen Geschäftsführer er später war, bei der AEG eine Betriebsvereinbarung durchzusetzen, die weit über die Rechte der Betriebsräte nach dem Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 22 hinausging.<sup>23</sup> Darin war u. a. geregelt, dass die Betriebsleitung der Zustimmung des Betriebsrates bei allen Einstellungen, Entlassungen, Versetzungen und Beförderungen bedurfte (§ 3). Ebenso benötigte die Firmenleitung die Zustimmung des Hauptbetriebsrates bei Erweiterung, Einschränkung oder Stilllegung von Betrieben der AEG (§ 8). Die Betriebsräte wurden nicht nur für ihre Arbeit freigestellt sondern darüber hinaus auch für ihre gewerkschaftliche und organisatorische Tätigkeit (§ 10). Der Stolz dieser Betriebsvereinbarung waren allerdings die § 11 und 12, wonach die Betriebsräte als Arbeitnehmervertreter „ordentliche Mitglieder mit Sitz und Stimme“ in den Aufsichtsrat des Unternehmens entsenden sollten sowie einen Arbeitsdirektor in den Vorstand. Diese beiden Regelungen sind jedoch unter einen Protokollvorbehalt gestellt und nicht verwirklicht worden. Die Unternehmensleitung hatte zunächst aufgrund ungeklärter Vermögensverhältnisse die erste ordentliche Hauptversammlung um Jahre verschoben, um dann in Erwartung der gesetzlichen Regelungen 1951/1952 den Hauptbetriebsrat weiter hinzuhalten. Die Betriebsräte entsandten zwar in den Jahren nach 1945 Delegierte in den Aufsichtsrat, u. a. Heinz Dürrbeck, diese hatten aber bis zur ersten Generalversammlung 1950, auf der sie bestätigt wurden, kein Stimmrecht.<sup>24</sup>

Heinz Dürrbeck erinnerte sich, „dass Josef Michaely [der damalige Geschäftsführer des Hauptbetriebsrats] bei Hans Böckler war und voller Stolz die Vereinbarung präsentierte. Hans Böckler hat ihm schon damals gesagt, dass es sicherlich mit den Mitgliedern im Vor-

22 Vgl. Erinnerungen von Heinz Hohmann, März 1974, DTMB, FA AEG-Telefunken, I.2.060 A 03717, Bl. 64–75 sowie das Protokoll der Delegierten-Tagung der AEG-Betriebsräte der westlichen Zonen in Bonn vom 11. bis 13. September 1946, DTMB, FA AEG-Telefunken, I.2. 060 A 05653, Bl. 105–125.

23 Protokoll der Delegierten-Tagung der AEG-Betriebsräte der westlichen Zonen in Bonn vom 11. bis 13. September 1946, DTMB, FA AEG-Telefunken, I.2. 060 A 05653, Bl. 105–125; AEG-Betriebsvereinbarung vom 25. Oktober 1946, DTMB, FA AEG-Telefunken, I.2. 060 A 05653, Bl. 95–96. Wann genau Dürrbeck Geschäftsführer wurde, ist nicht ganz klar, vermutlich 1950. Vgl. DTMB, FA AEG-Telefunken, I.2.060 A 02280, Bl. 40.

24 Vgl. hierzu die Protokolle über die Verhandlungen zwischen Hauptbetriebsrat und Unternehmensleitung (DTMB, FA AEG-Telefunken, I.2 060 A 02271) sowie die Protokolle der Aufsichtsratssitzungen zwischen 1945 und 1951 (DTMB, FA AEG-Telefunken, I.2.060 A 02380).

stand nichts werden würde. Wenn überhaupt, dann würden die Gewerkschaften nur in der Stahlindustrie und im Bergbau so etwas wie paritätische Mitbestimmung bekommen.“<sup>25</sup>

## Der Gewerkschafter als Wissenschaftler

Die gewerkschaftspolitische Biographie Dürrbecks ist durch den engen Kontakt zu den Sozialwissenschaften und ihrer Nutzbarmachung für die gewerkschaftliche Alltagsarbeit gekennzeichnet. Er versuchte mit soziologischen bzw. sozialwissenschaftlichen Methoden die Lage der Angestelltenschaft zu erfassen und lehnte sich dabei begrifflich auch an den Marxismus der Frankfurter Schule an.

Die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten liegen, so Dürrbeck, „im wesentlichen in der unterschiedlichen Funktion von Arbeitern und Angestellten im Produktionsprozess und in der sehr oft verschiedenartigen sozialpsychologischen Bewusstseinsstruktur.“<sup>26</sup> Als Problem wurde der Widerspruch zwischen objektiver Entwicklung der Lage der Angestelltenschaft und der damals noch mehrheitlich anzutreffenden berufsständischen Mentalität benannt. So hat sich zwar die „soziologische und gesellschaftspolitische Stellung der Angestellten prinzipiell geändert [...]“ und „Arbeiter und Angestellte sind im Verlauf einer langjährigen Entwicklung in die gleiche soziologische Situation hineingewachsen“.<sup>27</sup> Dennoch leben alte, mittelständische Leitbilder fort und diese wirken ihrerseits im Sinne ‚falschen Bewusstseins‘ ideologiebildend. „Die tatsächliche Situation und die Vorstellung klaffen hoffnungslos auseinander. [...] Die Formung der falschen Leitbilder schafft das ‚falsche Bewusstsein‘, das für die Mehrheit der heutigen Angestellten so charakteristisch ist.“<sup>28</sup>

Aufklärung und Bewusstseinsveränderungen waren für Dürrbeck die Angelpunkte der Angestelltenarbeit. „Notwendig ist es, das Bewusstsein der Angestellten entschieden zu verändern.“<sup>29</sup> Insofern scheint die Übernahme der Abteilung Bildung ab 1962 nur folgerichtig, wo er auf ein bereits von Hans Matthöfer vorbereitetes Feld traf. Matthöfer, dann Abteilungsleiter bei Heinz Dürrbeck, hatte sich Ende der fünfziger Jahre bei Otto Brenner für die Einrichtung einer eigenen Bildungsabteilung eingesetzt und bereits ein Fundament im Verhältnis zu den Sozialwissenschaften gelegt. Als Stichworte sollen hier beispielhaft genannt werden der Kontakt zu Oskar Negt, Michael Schumann, Peter von Oertzen oder Arno Klönne, die Kooperation mit Arbeit und Leben in Niedersachsen sowie der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung in Göttingen oder auch der Kontakt zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS).<sup>30</sup>

25 Heinz Dürrbeck an Alfred Bröcker, 8. Februar 1999, PA Margit Kowacs.

26 IG Metall, 3. ordentlicher Gewerkschaftstag vom 13. bis 18. Oktober 1954 in Hannover. Protokoll, S. 104.

27 IG Metall Vorstand: Geschäftsbericht 1954/1955, S. 157.

28 Ebd., S. 157.

29 Ebd., S. 158.

30 Vgl. Klaus Peter Wittemann: Ford-Aktion. Zum Verhältnis von Industriesoziologie und IG Metall in den sechziger Jahren, Marburg 1994.

## Gewerkschaften als soziale Bewegungen – betriebsnahe Bildungsarbeit und Bildungsobleute in der IG Metall

Die Niederlage in der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz 1952, die Stagnation in der Mitgliederentwicklung und die Einschätzung, dass die Tarifaueinandersetzung in den fünfziger Jahren massiv „von oben“ angekurbelt werden mussten, führten in der IG Metall zu dem Entschluss, die betriebliche Vertrauensleutearbeit zu stärken bzw. überhaupt erst zu entwickeln. Unter der Zuständigkeit von Heinz Dürrbeck wurde die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu einem zentralen Motor der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit. Die Anstöße für diese Veränderungen kamen auch aus der Abteilung Vertrauensleute/Betriebsräte selber, die bemängelte, dass die Zusammensetzung der Schulungsteilnehmer zu heterogen, der Lehrstoff zu dicht sowie der weitere Kontakt bzw. die „Verwendung“ der Lehrgangsteilnehmer durch die Organisation ungenügend sei.<sup>31</sup>

Im Oktober 1960 beschloss der Vorstand, in allen Verwaltungsstellen aus dem Kreis der Ortsverwaltung einen Bildungssachbearbeiter zu benennen, der für die Entwicklung einer örtlichen Bildungsarbeit zuständig ist.<sup>32</sup> Koopmann interpretiert diesen Schritt dahingehend, dass es dem Vorstand und auch der Abteilung Vertrauensleute/Betriebsräte darum ging, „sich im wesentlichen auf die Organisierung einer allein vom Vorstand gesteuerten selektiven Funktionärsausbildung [...] mit dem Ziel der Herausbildung einer kleinen Funktionärselite“ zu konzentrieren.<sup>33</sup>

Die Entwicklung in den sechziger Jahren gewann allerdings eine Dynamik, die zu enormen Konflikten um die Vertrauensleutearbeit führten. Dürrbeck formulierte in seinem mündlichen Geschäftsbericht 1962, dass der Ausgangspunkt der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit der Betriebs sein muss und es um die „konkreten unmittelbaren Probleme [geht], die sich dem bildungswilligen Funktionär, dem Träger gewerkschaftlicher Aufgaben in seiner betrieblichen Erfahrungswelt stellen.“<sup>34</sup> Er knüpfte dabei aber an dem schon in den fünfziger Jahren von Alois Wöhrle postulierten Anspruch an, dass die Bildungsarbeit keine reine Frage der Vermittlung arbeitsrechtlicher oder gewerkschaftsorganisatorischer Inhalte sei, sondern eine gesellschaftspolitische Aufgabe. „Unsere Bildungsarbeit muss an die betriebliche Praxis anknüpfen und sich stufenweise aus ihr weiterentwickeln und entfalten. Über Aufklärung und Schulung führt ihr Weg zu klarer Bewusstseinsformung. Ihre konkrete gewerkschaftspolitische und gesellschaftspolitische Aufgabe ist es, eine Synthese zwischen Zweckbildung und allgemeiner Persönlichkeitsbildung herzustellen.“<sup>35</sup> Die vom Vorstand

31 Klaus Koopmann: Gewerkschaftliche Vertrauensleute. Darstellung und kritische Analyse ihrer Entwicklung und Bedeutung von den Anfängen bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) und der Industriegewerkschaft Metall (IGM), Bd. 2, München 1979, S. 663f. Vgl. auch das Protokoll über die Besprechung zwischen den Abteilungen Bildungswesen und Betriebsräte und Vertrauenskörper in Oberbieber (Neuwied) am 12. und 13. September 1962, AdsD, IG Metall Vorstand, 5/IGMA 200648.

32 IG Metall Vorstand: Geschäftsbericht 1960/1961, S. 94.

33 Koopmann: Vertrauensleute, Bd. 1, S. 665.

34 IG Metall, 7. ordentlicher Gewerkschaftstag vom 3. bis 8. September 1962 in Essen. Protokoll, S. 107.

35 Ebd., S. 108.

den Verwaltungsstellen vorgeschlagenen „Bildungssachbearbeiter“, wie sie noch im Geschäftsbericht benannt werden, transformierten sich in der Sprache Dürrbecks zu „Bildungsobleuten“.<sup>36</sup> Dürrbeck knüpfte damit bewusst an Traditionen der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik an: „Es ist ein alter Begriff. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte für die Vertrauensleute den Begriff Obleute. Dieser kommt meines Wissens aus den revolutionären Jahren 1917/1918.“<sup>37</sup> Der ‚Erfinder‘ dieses Begriffes im Sprachgebrauch der IG Metall war Dürrbeck aber sicherlich nicht.<sup>38</sup>

Auf dem Gewerkschaftstag 1965 formulierte Heinz Dürrbeck – inzwischen dreieinhalb Jahre mit der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit befasst – die gewerkschaftliche Bildungsarbeit als offensive Kampfaufgabe der IG Metall: „Die Bildungsarbeit, in ihrer ganzen Breite gesehen, muss zu einem vertieften Selbstbewusstsein in der Organisation führen. Ihr Ziel heißt: Offensive statt Defensive – Aktion nicht Reaktion.“<sup>39</sup> Das Arbeitsprogramm beinhaltete den Ausbau der Stufenbildung, die Einbettung der Gewerkschaftsschulen in diese Stufenausbildung sowie die quantitative Ausweitung der Bildungsarbeit: „Da für eine einheitliche, breite, praxisverbundene betriebliche Bildungsarbeit zehntausende von kleinen Veranstaltungen organisiert werden müssen, können wir nicht mehr mit dem üblichen Veranstaltungstyp (Fachreferat mit anschließender Diskussion) arbeiten. Diese betrieblichen und betriebsnahen Veranstaltungen sollen vielmehr von besonders dafür ausgebildeten Bildungsobleuten durchgeführt werden.“<sup>40</sup> Aus diesem Grund, so Dürrbeck, „ist es in unserem Zehnjahresinvestitionsprogramm [...] unser Ziel, die Zahl der örtlichen Bildungsobleute auf mindestens 6.000 zu erhöhen.“<sup>41</sup>

Unter betriebsnaher Bildungsarbeit wurden Veranstaltungen im Betrieb oder in der Nähe des Betriebes verstanden. Sie „bringen die IG Metall näher an den Betrieb heran, machen die Gewerkschaftsarbeit zu einem Teil des Betriebserlebens der Arbeitnehmer. Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit wird sofort mit der Erfahrungswelt des Arbeitsplatzes konfrontiert. Sie wird damit schon durch Zeitpunkt und Ort auf die Lösung praktischer Aufgaben gelenkt.“<sup>42</sup>

Das Arbeitsprogramm für die Bildungsarbeit und auch die Vorstellungen Dürrbecks kamen besonders deutlich in der Konzeption des IG Metall-Bildungszentrums in Sprockhö-

36 Vgl. IG Metall Vorstand: Geschäftsbericht 1960/1961, S. 94; IG Metall, 7. ordentlicher Gewerkschaftstag, S. 106.

37 Interview mit Heinz Dürrbeck März 1997 in Budapest, geführt von Jürgen Hennemann, in: Grospietsch/Benz: Wissen, S. 97.

38 In dem Alois Wöhrle vorgelegten Lehrplan für das Jahr 1959 wird schon vorgeschlagen, in den Verwaltungsstellen „einen Bildungsobmann einzusetzen bzw. einen Kollegen als solchen Bildungsobmann zu bestellen“; Niederschrift der Sitzung des Vorstands am 6. Oktober 1958, Nr. 17/1958, S. 12, AdsD, IG Metall Vorstand, 5/IGMA 020016.

39 IG Metall, 8. ordentlicher Gewerkschaftstag vom 6. bis 11. September 1965 in Bremen. Protokoll, S. 93.

40 IG Metall Vorstand: Geschäftsbericht 1962/1964, S. 196.

41 IG Metall, 8. ordentlicher Gewerkschaftstag, S. 95.

42 Betriebliche Bildungsarbeit organisieren (Auszug aus dem Lehrmittelkatalog), Stand: September 1968, AdsD, IG Metall Vorstand, 5/IGMA 200639.

vel zum Ausdruck. Es ist zum einen die Größe der Schule (acht Lehreinheiten, darunter zwei für Jugendseminare), es sollte aber auch als Gewerkschaftseinrichtung mit Foren, Diskussionsveranstaltungen und Tagungen den Kontakt zu Sektoren außerhalb der IG Metall suchen, die „auf die gewerkschaftliche Arbeit bezogene Forschung vorantreiben“ und nicht zuletzt „dazu beitragen, dass die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund eine kritische Kulturkonzeption entwickeln.“<sup>43</sup> Ursprünglich war von Heinz Dürrbeck geplant, die ‚Synchroptische Weltgeschichte‘ von Arno Peters, ein in den fünfziger und sechziger Jahren in hunderttausendfacher Auflage erschienener Geschichtsatlas, „in die pädagogische Realität“ umzusetzen. „Kern des Gebäudes war ein Turm, in welchem eine Weltkugel mit einem Durchmesser von 25–30 m sich in jeder Richtung bewegen sollte. [...]“<sup>44</sup>

Neben der quantitativen Ausweitung und der angestrebten Kooperation mit den Sozialwissenschaften wurde auch die Methodik in der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung verändert. Arbeitsgruppen, Lehrgespräche, der vermehrte Einsatz von Tonbildschauen und Referentenunterlagen sollten die gewerkschaftlichen Schulungen teilnehmergerechter gestalten. Eigene negative gewerkschaftliche Bildungserfahrungen boten eine durchaus persönliche Motivation für die auch methodische Umgestaltung der Bildungsarbeit. Dürrbeck konnte dabei an Vorschläge und Vorlagen Hans Matthöfers anknüpfen, versuchte aber auch durch vielfältige Korrespondenz mit Teilnehmern, sich dieses Feld zu erschließen.<sup>45</sup>

Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen insgesamt wie auch die der in den sechziger Jahren ausgebildeten Bildungsobleute, Referenten und Arbeitskreisleiter ist beträchtlich. Wurden an den vier Schulen bzw. Jugendheimen der IG Metall zwischen 1955 und 1962 jährlich rund 2.600 Teilnehmer in Lehrgängen geschult, wuchs die Teilnehmerzahl danach rapide von 3.750 Teilnehmenden im Jahr 1963 auf 8.953 im Jahr 1970 an. Allein im Zeitraum von 1968 bis 1970 sind insgesamt 3.736 Bildungsobleute, Referenten und Arbeitskreisleiter in den Bildungsstätten und in von der IG Metall angemieteten Häusern ausgebildet worden.<sup>46</sup> Die Zahl von 6.000 ausgebildeten Bildungsobleuten wurde zwar bis zum Gewerkschaftstag 1971 nicht erreicht, das Ziel jedoch nicht aus den Augen verloren. In den siebziger Jahren sollten insgesamt noch einmal 10.000 Arbeitskreisleiter, Bildungsobleute und Referenten ausgebildet werden.<sup>47</sup>

Die auch auf dem Gewerkschaftstag formulierte Zielsetzung Dürrbecks ging inzwischen weit über die klassischen Felder gewerkschaftlicher Politik hinaus: „Unsere Gewerkschaft ist mehr als ein Interessenverband, sie ist eine soziale Bewegung mit dem Ziel der Emanzipation der Arbeitnehmer, der Neuorientierung von Wirtschaft und Gesellschaft im Einklang mit den Forderungen des Gewerkschaftsprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dabei

43 IG Metall, 8. ordentlicher Gewerkschaftstag, S. 97; vgl. auch Adi Ostertag, Horst Mathes, Heinz Dürrbeck, das Bildungszentrum Sprockhövel und Perspektiven der Bildungsarbeit heute, in: Grosspietsch/Benz: Wissen, S. 207–233.

44 Heinz Dürrbeck an Sigg und Jakob Moneta, 11. April 1996, PA Margit Kowacs.

45 Vgl. Dürrbeck, Interview 1997, S. 85 ff.

46 IG Metall Vorstand: Geschäftsbericht 1968/1970, S. 238.

47 IG Metall, 10. ordentlicher Gewerkschaftstag vom 27. September bis 2. Oktober 1971 in Wiesbaden, Protokoll, S. 346 ff.

spielt die Bildungspolitik eine entscheidende Rolle. Josef Rohrwang, eine führende Persönlichkeit der französischen Erwachsenenbildung, hat diese Bildung eine Verschwörung für die Demokratie genannt. Das trifft auch den Kern unserer Bildungsarbeit. Wir haben uns der Idee des demokratischen Fortschritts verschworen und werden sie in gewerkschaftlicher Solidarität verwirklichen.“<sup>48</sup>

## Das Ende des Projekts der Bildungsobleute

Ende der sechziger Jahre gingen die in den Auseinandersetzungen selbstbewusster gewordenen Vertrauensleute zunehmend Konflikte mit ihren Betriebsräten ein. Auf dem Gewerkschaftstag 1968 äußerte sich dies zunächst nur am Rande; die Bildungsarbeit war jedoch schon direktes Ziel der Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre, die dieser Entwicklung nicht gerade positiv gegenüber standen. So äußerte der Delegierte Heinz Ehlers aus Duisburg auf dem Gewerkschaftstag 1968 die Vermutung, „dass manche unserer Funktionäre in den Betrieben – hier meine ich Betriebsräte, Vertrauensleute, aber auch unter anderem Sekretäre und Funktionäre der Ortsverwaltung – das Gefühl haben, dass an ihren Stühlen gesägt würde. Sie sehen also noch nicht die Notwendigkeit der Bildungsarbeit ein, sondern sind vielmehr überzeugt, dass Funktionäre herangebildet werden, die noch nicht genau wissen, was sie eigentlich wollen. Und ich meine, bei diesen von mir hier angesprochenen Funktionären sollte man das unangenehme Gefühl beseitigen.“<sup>49</sup> In den folgenden Jahren eskalierte die Auseinandersetzung. Auf dem Gewerkschaftstag 1971 kursierte das Gesprächsprotokoll einer Sitzung von Mitgliedern des Vorstands der IG Metall mit Arbeitsdirektoren, auf der den Vertrauensleuten vorgeworfen worden war, sie würden sich als Kontrolleure der Betriebsräte aufspielen. Es war von „Honecker-Politik“ und von „Entartungserscheinungen“ die Rede, „die zu Lasten der Mitbestimmung gehen, von einer sich abzeichnenden Politisierung (sic!) der Vertrauenskörper und sichtbarem Missbrauch dieser Vertrauenskörper durch gewisse Gruppen.“<sup>50</sup>

Heinz Dürrbeck, auf dessen „Konto“ – gewollt oder ungewollt – ein Teil dieser Politisierung ging, wurde auf diesem Gewerkschaftstag mit großer Mehrheit wiedergewählt. Mit dem plötzlichen Tod Otto Brenners im April 1972 und der Wahl Eugen Loderers zum 1. Vorsitzenden änderten sich jedoch die Verhältnisse im Vorstand und Dürrbeck verlor dort seinen Rückhalt. Schon im März, Otto Brenner war bereits erkrankt, war die Kritik aus den Reihen der Organisation an der Bildungsarbeit und damit der Person Dürrbecks lauter geworden. In einer Sitzung der Bildungskommission hatte Lothar Zimmermann, einer der beiden Leiter des Bildungszentrums, festgestellt, dass „sehr lange [...] bei der Lehrgangsarbeit dargestellt [wird], dass wir uns in einer kapitalistischen Gesellschaft befinden. Das Wissen darüber ist doch eigentlich Voraussetzung für jeden, der nach Sprockhövel kommt. [...] Die Zweckschulung nämlich, die in vielen Lehrgängen, z. B. bei den Arbeitsstudien, beim

48 Ebd., S. 81 f.

49 IG Metall, 9. ordentlicher Gewerkschaftstag, S. 190.

50 IG Metall, 10. ordentlicher Gewerkschaftstag, S. 208 f.

technischen Fortschritt, bei der Mitbestimmung, der Arbeitssicherheit geleistet wird, wurde und wird im Bildungszentrum immer wieder belächelt. [...] Ich habe den Eindruck, dass viele Lehrer an dieses Gesetz [das BetrVG, der Verf.] nicht heranwollen, weil sie es als systemstabilisierend bezeichnen. Wir alle wissen, da ist etwas Wahres dran. Aber leben müssen wir mit diesem Gesetz und es kommt jetzt darauf an, Fakten zu setzen. Es ist eben nicht damit getan, dass man die Schriften von Gorz und Mandel kennt, deren Inhalt beherrscht, sondern bei der Anwendung des BetrVG oder der Tarifverträge kommt es auf den kämpferischen Einsatz jedes einzelnen an. [...] Für die Aufgabenstellung in dieser Sicht sind viele Lehrer im Bildungszentrum nicht geeignet. Sie haben dazu kein Verhältnis und sind anders programmiert. [...] Die Frage muss entschieden werden, inwieweit einige Lehrer Praxiserfahrungen nachholen können. [...] Das Bildungszentrum ist kein Ersatzvorstand. Es kann hier keine Selbständigkeit geben. Das Bildungszentrum ist Tendenzschule der IG Metall. Deshalb kann der Lehrkörper nur begrenzt eine eigene Antwort auf die vielen schwierigen Fragen formulieren. Er muss sich an die Beschlüsse der Organisation halten.“<sup>51</sup>

Hans Preiss, neu gewähltes Vorstandsmitglied und zuvor persönlicher Referent von Otto Brenner, übernahm nun die Abteilung Bildung; Heinz Dürrbeck blieb weiterhin für die Angestelltenarbeit zuständig.<sup>52</sup>

Das Projekt der Bildungsobleute wurde danach stillschweigend fallengelassen, obwohl es vom Gewerkschaftstag nie einen entsprechenden Beschluss gab. Ab 1972 fand eine Rezentralisierung der Bildungsarbeit statt. Zwar wurden zum einen Kompetenzen und Seminartypen in neugeschaffene Bildungsregionen verlegt, der inhaltliche Anspruch der Bildungsarbeit wurde jedoch wieder enger an die Organisationsinteressen gebunden. Ausdruck hierfür waren die „17 Thesen zur Bildungsarbeit der IG Metall“, die auf dem Gewerkschaftstag 1974 beschlossen wurden. Darin wird der antikapitalistische Charakter der Bildungsarbeit betont – und dies sogar deutlicher als in den von Dürrbeck vier Jahre zuvor formulierten Thesen zur Bildungsarbeit. In These 14 heißt es aber – in deutlicher Anlehnung an die oben beschriebenen Auseinandersetzungen –, dass es „weder möglich noch gewollt [sei], politische Urteile der Lehrkräfte auszuschließen. Die Toleranz und die Freiheit zur Meinungsvielfalt für unsere Lehrkräfte findet ihre Grenzen an der Satzung, den Beschlüssen der Organe der IG Metall, dem Grundsatz- und dem Aktionsprogramm des DGB.“<sup>53</sup> Weiter heißt es in den Thesen, dass die „gewerkschaftliche Bildungsarbeit [...] Kritik an der Organisation nicht verstärken [darf], indem sie die Skepsis der Kritiker bewusst vertieft. Sie muss mögliche Ursachen fest-

51 Niederschrift über die gemeinsame Sitzung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder mit den ehrenamtlichen Mitgliedern der Bildungskommission und den Kollegen L. Zimmermann, A. Osters-tag und W. Ahlmann am 15. März 1972, S. 11 ff., AdsD, IG Metall Vorstand, 5/IGMA 091176. Die Einrichtung dieser Kommission war von vornherein im Organisationsplan des Bildungszentrums vorgesehen. Sie bestand aus ehrenamtlichen und geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern. Vgl. Niederschrift über die Sitzung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder am 11. Oktober 1971, Nr. 37/71, AdsD, IG Metall Vorstand, 5/IGMA 030216–030220.

52 Vgl. die Protokolle des geschäftsführenden Vorstands vom 3. Juli 1972, Nr. 24/72, und 10. Juli 1972, Nr. 25/72, (AdsD, IG Metall Vorstand, 5/IGMA 030223) sowie das Vorstandsprotokoll vom 19. Juli 1972, Nr. 13/72 (AdsD, IG Metall Vorstand, 5/IGMA 020056).

53 IG Metall Vorstand: Geschäftsbericht 1971/1973, S. 310.

stellen und Fehleinschätzungen korrigieren.“<sup>54</sup> Damit unterscheiden sich die Thesen deutlich von denen Heinz Dürrbecks, in denen er als Grundbedingung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit benennt, dass „Bildungsveranstaltungen [...] ausgiebig zur Kritik der Organisation und ihrer Politik genutzt [werden].“<sup>55</sup>

## Der Gewerkschafter als Agent?

Neben dem Verlust eines zentralen gewerkschaftspolitischen Betätigungsfeldes sah sich Heinz Dürrbeck seit 1975 dem Vorwurf der nachrichtendienstlichen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit ausgesetzt.<sup>56</sup> Angelpunkt der Vorwürfe waren aufgefangene Funksprüche des MfS von Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre, die auf einen Agenten an zentraler Stelle einer der deutschen Gewerkschaften hindeuteten. Heinz Dürrbeck wurde spätestens seit 1971 vom BKA und dem Verfassungsschutz verdächtigt.<sup>57</sup> 1975 wurde ein offizielles Ermittlungsverfahren eingeleitet und Dürrbeck in den frühen Morgenstunden des 2. September spektakulär verhaftet.<sup>58</sup> Die Vorwürfe konnten letztendlich nie bewiesen werden und sind der bisherigen Recherche folgend auch nicht tragfähig. Sicher ist lediglich, dass der ehemalige Kraftfahrer von Dürrbeck ein Agent des MfS und auf den Vorstand der IG Metall angesetzt worden war – was er später auch in einer Vernehmung eingestand.<sup>59</sup> Dem zunehmenden Druck nicht gewachsen, entschloss sich der inzwischen auch gesundheitlich schwer angeschlagene Dürrbeck zur Flucht. In Norditalien wurde er von befreundeten Gewerkschaftern, Kommunisten und ehemaligen Partisanen auf einem Bauernhof versteckt. 1981 floh Dürrbeck dann nach Budapest weiter.<sup>60</sup>

Nach der Verjährung dieser Vorwürfe reiste Heinz Dürrbeck wieder regelmäßig in die Bundesrepublik. 1994 wurde er erneut verhaftet, diesmal unter dem Vorwurf an der Entführung des „metall“-Redakteurs Heinz Brandt im Jahr 1961 durch Mitarbeiter des MfS von West- nach Ostberlin beteiligt gewesen zu sein. Dieser Vorwurf stützte sich im Wesentlichen auf ein Dokument aus dem Jahre 1964, das in der Behörde der „Bundesbeauftragten für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ (BStU) gefunden worden

54 Ebd.

55 Thesen zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit (Stand: Januar 1970), AdsD, IG Metall Vorstand, 5/IGMA 200639.

56 Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof, Strafsache gegen Heinz Dürrbeck und Eckhard Ploner, Ermittlungsakten (GBA 4 BJs 102/75; 4 StE 2/77).

57 Bundesamt für Verfassungsschutz, Aktenvermerk, 15. November 1971, Bl. 19–24, Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof, Strafsache gegen Heinz Dürrbeck und Eckhard Ploner, Ermittlungsakten (GBA 4 BJs 102/75; 4 StE 2/77), Hefter 2, Bl. 19–24.

58 Vor allem die Boulevardpresse entfachte damals ein Feuerwerk an Verdächtigungen gegen Dürrbeck, aber auch gegen die IG Metall. So wurde skandalträchtig verbreitet, dass Dürrbeck als Aufsichtsrat der AEG und Thyssen Rüstungsgeheimnisse verraten hätte (vgl. hierzu Grosspietsch/Benz: Wissen).

59 Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin, Ermittlungsakten in der Strafsache gegen Heinz Dürrbeck u. a. wegen Freiheitsberaubung pp. (Az. 29/2 Js 1376/92), Bd. 5, Bl. 62–70.

60 Interview mit Georg Benz, 19. November 2002. Wann genau Heinz Dürrbeck nach Budapest ging, ist noch nicht bekannt. Mitte 1981 unterzeichnete er jedenfalls schon einen Mietvertrag für eine kleine Wohnung (Mietvertrag vom 15. Juli 1981, PA Margit Kowacs).

war. Danach wurde im Januar 1964 der Abzug von drei Agenten aus der Bundesrepublik, die alle mit der Entführung in Verbindung gestanden haben sollen, aufgrund der anstehenden Freilassung Brandts empfohlen. Die Beschreibungen passen auf den ehemaligen Fahrer Dürrbecks, Eckhard Ploner, den Mitarbeiter in der Abteilung Betriebsräte, Hans Beyerlein, sowie auf Heinz Dürrbeck selber.<sup>61</sup> Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft lautete, dass Heinz Dürrbeck als Vorstandsmitglied dem Redakteur Brandt den direkten Auftrag erteilt habe, am Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) 1961 in Westberlin teilzunehmen, und damit dem MfS die Möglichkeit geboten habe, Brandt nach Ostberlin zu entführen. Bei dem Fahrer Dürrbecks sowie bei Hans Beyerlein war die Agententätigkeit schon lange bekannt.<sup>62</sup> Allerdings verbergen sich in diesem Anklagekonstrukt eine Reihe von Widersprüchen. So reiste Ploner erwiesenermaßen 1965 noch einmal in die Bundesrepublik, und noch 1972 wurde er als „Reisekader in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“ bestätigt.<sup>63</sup> Er selber sagte später aus, dass er auch nicht abgezogen worden sei, sondern aus privaten Gründen in die DDR zurückgekehrt sei.

Daneben existieren glaubhafte Aussagen ehemaliger Redaktionsmitglieder der „metall“, die verneinten, dass Heinz Dürrbeck in seiner Funktion als geschäftsführendes Vorstandsmitglied für Angestelltenarbeit und Bildungswesen dem Redakteur Brandt hätte Dienstabweisungen erteilen können<sup>64</sup>

Aus meiner Sicht sind zwei weitere Interpretationen des – nicht unterzeichneten – Fundes in der „Birthler-Behörde“ möglich:

1. Der Führungsoffizier von Ploner, dem Fahrer von Dürrbeck, ist irrtümlich von einer Mitwisserschaft Dürrbecks ausgegangen.
2. Das Dokument selber stellt einen Irrtum eines nicht Beteiligten dar oder ist Ausdruck konkurrierender Stellen im MfS.

Das Verfahren wurde im Jahr 2000 aufgrund der inzwischen schweren Krankheit Dürrbecks eingestellt. Am 21. November 2001 verstarb Heinz Dürrbeck in Budapest.

61 Bundesbeauftragten für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), MfS-Sekt. D. Min., Nr. 1446, Bl. 139–140.

62 Auch Heinz Brandt ging von der Beteiligung Beyerleins aus; vgl. Heinz Brandt: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, Berlin 1978; Diether Posser: Anwalt im kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968, München 1991.

63 Vgl. Bundeskriminalamt: Schlussbericht, 3. Februar 1977, Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof, Strafsache gegen Heinz Dürrbeck und Eckhard Ploner, Ermittlungsakten (GBA 4 BJs 102/75; 4 StE 2/77), Hefter 3, Blatt 62–115; BStU, Karteikarte E. Ploner.

64 In diesem Sinne entlastende Aussagen wurden von Götz D. Nerlich und Horst Berger gemacht. Vgl. Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin, Ermittlungsakten in der Strafsache gegen Heinz Dürrbeck u. a. wegen Freiheitsberaubung pp. (Az. 29/2 Js 1376/92), Bd. 7, Bl. 214–217. In der Ressortzuteilung war damals Alois Wöhrle für die Presse zuständig.

## Ein Gewerkschafter der „Brückengeneration“

In der Typisierung von Ulrich Borsdorf gehört Heinz Dürrbeck, obwohl jünger, eher noch zur Generation der „Funktionäre“ (zwischen 1890 und 1905 geboren) als zu derjenigen der „Manager“ (nach 1905 geboren).<sup>65</sup> Dürrbeck war zwar Angestellter, erlebte aber als Sozialist und Gewerkschafter 1933 die Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Wie Brenner löste sich Dürrbeck zum Ende der Weimarer Republik von der Sozialdemokratie. Ein wesentlicher Unterschied bestand allerdings darin, dass Heinz Dürrbeck vor seiner Wahl in den Vorstand keine hauptamtliche Position bekleidet hatte sondern direkt aus der betrieblichen Interessenvertretung heraus aufstieg.

Meiner Ansicht nach kann bei Heinz Dürrbeck, wie sicherlich auch bei Otto Brenner oder Willi Bleicher, von einer „Brückengeneration“ gesprochen werden, also von einer verbindenden Generation zwischen der „alten“ Arbeiterbewegung der Weimarer Republik und der in der Bundesrepublik sozialisierten Einheitsgewerkschaft. Die Erfahrungen des Nationalsozialismus und der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, reformistische und zugleich auf den Sozialismus als Fernziel weisende Vorstellungen sowie eine bis zur großen Koalition in den 1960er Jahren teils ablehnende, mindestens aber distanzierte Haltung gegenüber der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik sollen hier als wesentliche Elemente genannt werden. Der Generationenwechsel innerhalb der IG Metall kann auf den Beginn der siebziger Jahre datiert werden.

In der Biographie von Heinz Dürrbeck kreuzen sich mehrere, für die bundesrepublikanische und gewerkschaftliche Geschichtsschreibung bedeutende Linien. So zum einen die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um Konzepte von Gegenmacht versus Ordnungsmacht in der Sozialpartnerschaft; hier kann Dürrbeck als Vertreter eines gewerkschaftlichen Gegenmachtmodells gelten. Weiter noch: Die Idee der Gewerkschaften als sozialer Bewegung unterscheidet Heinz Dürrbeck mit Sicherheit von einem Großteil seiner hauptamtlichen Kollegen. Mit seiner auch persönlichen Neugier gegenüber den Sozialwissenschaften dürfte er sich ebenfalls von Gewerkschaftsführern der fünfziger Jahre unterscheiden haben.

Die geringe Aufarbeitung und Kenntnis der Biographie von Heinz Dürrbeck in der IG Metall dürfte neben dem insgesamt geringen Interesse der Gewerkschaften an ihrer eigenen Geschichte im weiter bestehenden Verdacht der Agententätigkeit Dürrbecks liegen. So fand der Tod Dürrbecks nur mit wenigen lapidaren Worten Erwähnung: „Heinz Dürrbeck, 89, in den 70er Jahren Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, ist in Budapest gestorben. Er war früher mehrmals ins Visier der Justiz geraten. 1975 war er drei Wochen wegen ‚Ostkontakten‘ in U-Haft. Dem späteren Prozess zog er die Flucht nach Ungarn vor. In den 90er Jahren wurde er erneut verhaftet, diesmal, weil er der DDR 1961 angeblich geholfen haben soll, den ‚metall‘-Redakteur Heinz Brandt nach Ost-Berlin zu verschleppen. Brandt, ehemaliger Propagandasekretär in der DDR, war 1958 in den Westen gegangen.“

65 Ulrich Borsdorf: Deutsche Gewerkschaftsführer – biografische Muster, in: ders./Hans O. Hemmer/Gerhard Leminsky/Heinz Markmann (Hg.): Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz-Oskar Vetter, Köln 1977, S. 11–41.

Bewiesen wurden die Vorwürfe gegen Dürrbeck nicht.”<sup>66</sup> Mit diesen wenigen Worten in einem Funktionärsorgan der IG Metall sowie einer Traueranzeige des Vorstands wurde Heinz Dürrbeck, der nicht nur in den ‚70er Jahren‘ sondern über 20 Jahre Vorstandsmitglied war, ‚gewürdigt‘.<sup>67</sup>

Mindestens ebenso spielt aber auch die Aktualität der Auseinandersetzung um die Aufgabe der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eine Rolle. Spätestens seit Beginn der neunziger Jahre wird innerhalb der IG Metall wieder um die noch bestehende kapitalismuskritische Ausrichtung der Bildungsarbeit, um die Struktur und auch die Zielgruppen der Bildungsarbeit gestritten.<sup>68</sup>

66 Personalien, in: direkt. Der Info-Dienst der IG Metall 23 (2001) vom 28. November 2001, S. 8.

67 Vgl. die protestierenden Zuschriften an ‚direkt‘ vom 2. Bevollmächtigten der IG Metall in Hannover, Reinhard Schwitzer und Edith Großpietsch, pädagogische Mitarbeiterin in der IG Metall-Bildungsstätte Sprockhövel (direkt, Der Info-Dienst der IG Metall 24 (2001) vom 14. Dezember 2001, S. 8), sowie von Manfred Ulrich, Dortmund, und Horst Maylandt, ebenfalls in Sprockhövel beschäftigt (direkt, Der Info-Dienst der IG Metall 1 (2002) vom 9. Januar 2002, S. 8).

68 Vgl. beispielhaft Ludger Hinse/Guntram Schneider: Gewerkschaftsarbeit ist Reformpolitik im Kapitalismus – wo sonst? Die IG Metall muss europäischer, regionaler und realitätsnäher werden, in: Frankfurter Rundschau, 26. Juni 2002; Wolf Jürgen Röder: Welche Bildung braucht die Arbeit?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 52 (2001), Nr. 8/9, S. 499–508; Werner Dreybus: Vor lauter Modulen verstehen wir die Welt nicht mehr. Politische Bildungsarbeit auf dem Rückzug, in: Sozialismus, 29 (2002), Nr. 5, S. 6–9; Wolf Jürgen Röder/Klaus Dörre (Hg.): Lernchancen und Marktzwänge. Bildungsarbeit im flexiblen Kapitalismus, Münster 2002; Horst Mathes (Hg.): Priorität politische Bildung. Sprockhöveler Werkstatt, Hamburg 2002.